

## **2. Querschnittsfelder regionaler Strukturpolitik im Ruhrgebiet**

Regionale Strukturpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Zu ihrer erfolgreichen Umsetzung benötigt man die Kenntnis über die regional bedeutsamen Wirtschaftsstrukturen, die Art ihrer Einbettung in die Region und eine Vorstellung davon, welche Wirtschaftsstrukturen sich künftig wie entwickeln sollen. Da Strukturpolitik im Spannungsfeld einer komplexen „Problem-Gemengelage“ mit einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure agiert, werden zunehmend moderierende und Konsens stiftende Elemente benötigt. Sie greift daher zunehmend auf informelle Instrumente wie z.B. regionale Entwicklungskonzepte, Begleitung themen- und projektbezogener Netzwerke und die Erarbeitung von Leitbildern zurück.

In die entstehenden regionalen Netzwerke und Diskussionsprozesse sind nicht nur die international agierenden Wirtschaftsakteure, sondern auch regional ansässige KMU und die Bevölkerung einzubinden. Strukturpolitik ist daher zu flankieren durch ein Regionalmarketing-Konzept, das den Standort außer als attraktiven Arbeits- auch als lebenswerten Wohnort stärkt. Im Sinne einer umfassenden Partizipation sind breite gesellschaftliche Kreise an der Entwicklung eines regionalen Konzepts für das Ruhrgebiet zu beteiligen (vgl. Handlungsfeld Agenda 21).

Die polyzentrische Regionalstruktur des Ruhrgebiets bietet gute Voraussetzungen für die Implementierung nicht-hierarchischer Netzwerke. Regionale Wirtschaftsförderung hat hierbei die Aufgabe, die Einbettung der Teilregionen in die Gesamtregion und die Leistung der Gesamtregion für die Teilregionen zu identifizieren und konstruktiv zu moderieren. Berücksichtigt werden muss dabei die Wechselwirkung zwischen Wirtschaftsstruktur und Regionalentwicklung. Durch die zunehmende Bedeutung informeller Instrumente der Regional- und Strukturpolitik sowie die Aufwertung der Region als wettbewerbsfähiger Gebietseinheit ist der KVR als regionaler Moderator und Initiator von strukturpolitischen Schlüsselprojekten prädestiniert.

### **2.1 Grundsätze und Ansatzpunkte für eine integrierte Regionalentwicklung**

Wie schon im ersten Teil dieser Veröffentlichung dargestellt, hat sich die Strukturpolitik des Landes NRW im Laufe der letzten 30 Jahre bezüglich ihrer Ziele und Instrumente erheblich gewandelt. Recht neu ist die Implementation des umfassenden, nicht allein ökologische Fragen umfassenden Nachhaltigkeitsprinzips. Der KVR ist der Meinung, dass die Strukturförderung des Ruhrgebiets dann an Profil gewinnt, wenn sie die Anforderungen einer nachhaltigen regionalen Entwicklung stärker berücksichtigt.

Auf diesem Weg ist das aktuelle Ziel 2-Programm ein gutes Stück vorangekommen. Einige der vom Taurus-Institut 1999 festgestellten Defizite hinsichtlich Monitoring und Evaluierung sind durch die ex-ante-Evaluierung und das verbesserte Monitoring verringert worden. Nach wie vor gibt es für die Projektbewilligung jedoch keine einheitlichen Kriterien; die Projektbewilligung erfolgt nach den Grundsätzen der für die jeweiligen Maßnahmen zuständigen Fachreferate, die sie auch bei der Bewilligung von Projekten aus Landesprogrammen anwenden (Taurus, S. XI). Mit der Einführung der EU-Datenerhebungsbögen existiert zwar mittlerweile ein Bewertungs- und Auswahlinstrument, doch reicht es zur Überprüfung der für eine nachhaltige Entwicklung erforderlichen Aspekte nicht aus.

Für eine Qualitätssteigerung bei der Projektauswahl ist aber nicht allein die Entwicklung eines Auswahlinstruments notwendig. Es muss auch sichergestellt sein, dass die Entscheider/innen über ausreichend Wissen über Anforderungen nachhaltiger Entwicklung verfügen. Da hiervon aufgrund des Ressortprinzips nicht ausgegangen werden kann, ist den Programmbeteiligten dieses Wissen – durch Schulungen und externe Beratung – zu vermitteln.

Unserer Meinung nach vergibt die Strukturpolitik in NRW große Chancen, das Ruhrgebiet zu einer Modellregion des gelungenen Strukturwandels werden zu lassen: Die Tendenz bei der Aufstellung und Implementierung umfassender Programme zur Strukturverbesserung geht weltweit a) zur stärkeren Projektorientierung und b) zu einem komplexen, ressortübergreifenden Herangehen (integratives Projektdesign). Ein solches integratives, umfassendes Programmverständnis vorausgesetzt, sehen wir das größte Defizit der NRW-Strukturpolitik bei der unzureichenden Berücksichtigung der Querschnittsziele.

Dass im Ruhrgebiet und im Land NRW bislang ein verkürzter Begriff von Nachhaltigkeit angewandt wurde, soll an folgenden exemplarischen Punkten verdeutlicht werden: Die Querschnittsziele

- dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung,
- Schaffung gleicher Chancen für Frauen und Männer im Beruf,
- Einbeziehung benachteiligter Gruppen in den wirtschaftlichen Erneuerungsprozess

werden nicht im Sinne eines „mainstreaming“-Prozesses integrativ im gesamten Programmaufstellungs-, Analyse- und Zielfindungsverfahren quasi „mitgedacht“, sondern entgegen der Querschnittsintention in separaten Unterkapiteln behandelt.

Die Analyse der Umweltsituation hat neben dem ressorthaften Herangehen noch den Mangel, allein auf quantitativen Indikatoren zu beruhen. Aspekte wie etwa die Auswirkungen von FuE im Umweltschutzbereich, die Umweltauswirkungen des Strukturwandels von Branchen und Branchenverbünden und die Umweltauswirkungen der Förderungen bestimmter harter und weicher Standortfaktoren werden nur unzureichend erörtert. So wird z.B. das Problem der Belastung anderer Regionen durch bestimmte Wirtschaftsweisen in NRW (wie etwa Im- und Exporte von Produkten, die aus ökologischer oder sozialer Sicht bedenklich sind) nicht thematisiert.

## 2.2 Förderung von Beschäftigung und Gleichstellung

Dasselbe gilt für den Ansatz der Chancengleichheit der Geschlechter: Schon bei der Beschreibung und Analyse der regionalen Ausgangslage müsste die Situation beider Geschlechter spezifisch erfasst und bewertet werden. Nur so kann an den strukturellen Ursachen der Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben angesetzt werden. Dazu gehören neben den Arbeitsbedingungen (u.a. Einkommensstruktur) auch die Lebensbedingungen, wie z.B. die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Produktions- und Reproduktionsbereich, die geschlechtsspezifische Analyse der allgemeinen Entwicklungstendenzen sowie der Infrastruktur. Kurz gefasst: Gendermainstreaming bedeutet, **sämtliche** Aspekte eines Programmes unter geschlechtsspezifischem Blickwinkel zu analysieren und zu bewerten.

Unsere Kritik setzt daher auch an den **impliziten normativen Vorgaben** der regionalen Strukturpolitik an. Nicht berücksichtigt wird, dass durch den Bedeutungsverlust

der Familie als lebenslange Versorgungsinstitution für Frauen deren eigenständige Erwerbsarbeit an Gewicht gewinnt. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung löst sich langsam auf. Das Leitbild „Kleinfamilie“ mit Vollzeit arbeitendem Alleinernährer, Hausfrau und zwei Kindern verliert zwar an Bedeutung, ist aber insbesondere im Ruhrgebiet noch Richtschnur in weiten Teilen der Politik.

Von diesem traditionellen Familienmodell werden nicht nur Familien-, Bildungs-, Wohnungs-, Einwanderungs- und Sozialpolitik, sondern auch Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik geprägt. Durch die Orientierung an der Norm „Normalarbeitsverhältnis für Männer“ wird die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung verfestigt und der Strukturwandel zäher umsetzbar: Zum einen bleiben die Potenziale der Frauen teilweise ungenutzt, zum anderen werden Flexibilisierungsmöglichkeiten vergeben und kreative Ansätze verschenkt.

Eine besondere Schwierigkeit ist, dass in Deutschland auch niedrig qualifizierte Arbeitnehmer ein Einkommen erwarten, das für eine Familie reicht. Normalarbeitsverhältnisse werden aber seltener, statt dessen nehmen Teilzeit-, Wochenend-, Nacht-, Schichtarbeit, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit, Tele(heim)arbeit, (Schein) selbstständigkeit und viele Formen informellen sowie nicht monetären Wirtschaftens zu. Viele dieser flexibilisierten Erwerbsformen waren bislang Frauendomänen. Da der Strukturwandel der Arbeitsformen kaum thematisiert und nur am Rande analysiert wurde, kann die Strukturpolitik auf ihn nicht angemessen reagieren.

Mit der Förderung der Regionalstellen „Frau und Beruf“ und weiteren Maßnahmen versucht das Land NRW, Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in der regionalen Strukturpolitik zu verankern. Die Analysen des Landes im Rahmen des Einheitlichen Programmplanungsdokuments (EPPD) und des KVR im „Frauenatlas Ruhrgebiet“ zeigen jedoch, dass es nach wie vor eine Geschlechtersegregation in einzelnen Branchen und Teilregionen gibt. Um die Chancengleichheit für Frauen und Männer im Beruf auch als Querschnittsziel umzusetzen, erhielt das Zentrum „Frau in Beruf und Technik“ (ZFBT) die Aufgabe, das operationelle Programm 2000-2006 gleichstellungspolitisch zu begleiten.

Das ZFBT entwickelt Kriterien zur Umsetzung der Querschnittsaufgabe, operationalisiert diese für adäquate innovative Projekte und überprüft Ansätze aus anderen Regionen auf ihre Übertragbarkeit. Zum Transfer werden Tagungen, Workshops, Fort- und Weiterbildungen durchgeführt. Auf Anfrage werden Vorträge gehalten und Projekte beraten. Zielgruppen dieser Arbeit sind sowohl mit der Umsetzung des Programms betraute Personen als auch Projektträger und Multiplikator/innen.

Zwar stellt dieses Vorgehen durchaus eine deutliche Verbesserung gegenüber der Phase IV der Strukturpolitik dar. Von echtem Gendermainstreaming kann aber erst dann gesprochen werden, wenn schon das EPPD im Sinne des Gendermainstreaming erarbeitet wird, die projektentwickelnden und –beantragenden Stellen die Prinzipien des Gendermainstreaming beachten und sämtliche strukturpolitisch relevante Institutionen – von der Projektentwicklung über beratenden Gremien bis hin zur letztentscheidenden Instanz - geschlechterparitätisch besetzt sind.

Leitlinie strukturpolitischer Aktivitäten des KVR muss deshalb sein, Impulse für eine stärkere wirtschaftliche Dynamik im Ruhrgebiet zu geben, die dann langfristig tragfähig sind, wenn sie mit den natürlichen Ressourcen schonend umgehen und wenn

soziale Ungleichheiten weiter abgebaut werden. Leitidee der Strukturpolitik ist die Angleichung der Lebensbedingungen von Regionen, neu ist die Angleichung der Lebensbedingungen von Frauen und Männern als Querschnittsaufgabe.

## **2.3 Regionale Agenda 21**

Im Juni 1992 beschloß die Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro die sogenannte „Agenda 21“, ein weltweites Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, über das sich mehr als 170 Unterzeichnerstaaten zum Prinzip einer nachhaltigen Entwicklung in allen Politikbereichen verpflichteten. Sie bekannten sich damit zu einer „Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“, zu Entwicklungen also, die im weltweiten Maßstab umweltverträglich, sozial gerecht und wirtschaftlich tragfähig sind. Die Agenda 21 definiert damit den über den klassischen Umweltschutzansatz eines sparsamen Umgangs mit Ressourcen hinausgehenden mutigen Versuch, ökonomische, ökologische und soziale Ziele stärker als in der Vergangenheit in ausgewogener Weise zu entwickeln.

Dem Grundsatz „Global denken – lokal handeln“ oder auch „lokal handeln um global zu verändern“ entsprechend, forderte die Konferenz eine intensive Mitwirkung der Kommunen bei der Realisierung der Agenda 21 ein: „Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine „kommunale Agenda 21“<sup>1</sup> beschließen“ (Kapitel 28.3). Den Kommunen wurde damit die Aufgabe zugewiesen, mit allen Interessengruppen ihrer Bürgerschaft in einen Konsultationsprozess einzutreten, um einen Konsens über eine Lokale Agenda 21 zu Themen wie nachhaltiges Wirtschaften, Klimaschutz, Ressourcenschonung, soziale Gerechtigkeit u.a. herzustellen. Sie wurden aufgefordert, ihre Politik in Richtung einer dauerhaften tragfähigen Entwicklung zu verändern, um die Lebensgrundlagen von Mensch und Umwelt in allen Kontinenten zu sichern. Die Handlungsprogramme der Agenda 21 sind damit erklärtermaßen Aufgabe aller Bürger und nicht in erster Linie oder gar allein Aufgabe staatlich-administrativer Organisationen.

In Deutschland begann die Umsetzung der Agenda 21 zögerlich, so dass das Ziel, dass sich bis 1996 „die Mehrzahl der Kommunalverwaltungen der einzelnen Länder gemeinsam mit ihren Bürgern einem Konsultationsprozess unterzogen haben und einen Konsens hinsichtlich einer Lokalen Agenda 21 für die Gemeinschaft erzielt haben“, nicht erreicht wurde: Keine einzige Kommune hielt den Zeitrahmen zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 ein. Anfang 1997 beteiligten sich immer noch weniger als 100 Städte, Gemeinden und Landkreise aktiv an der Lokalen Agenda 21. Inzwischen nimmt die Diskussion stark zu, wobei Klimaschutz, Energie, Flächenverbrauch / Natur- und Landschaftsschutz sowie Öffentlichkeitsarbeit / Information die Themenschwerpunkte sind. Die Ökonomie spielt als Thema und als Akteur im Rahmen des Agendaprozesses bedauerlicherweise bislang eine untergeordnete Rolle.

---

<sup>1</sup> Im Original ist von der „Local Agenda 21“ die Rede. Da die deutsche Übersetzung erst 1994 erschien, hat sich die – streng genommen – falsche Übersetzung „lokal“ statt „kommunal“ durchgesetzt.

## Die regionale Ebene

Die regionale Ebene bleibt im Grundgedanken unberücksichtigt, auch wenn neben internationalen und subregionalen auch regionale Organisationen und Einrichtungen aufgefordert sind, sich an der Agenda 21 zu beteiligen. Sicher ist die im Kapitel 28 der Agenda 21 getroffene Aussage richtig: „Da viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der in der Agenda enthaltenen Ziele. Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsablauf, entscheiden über die kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften und wirken außerdem an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit.“ Gleichwohl darf der sustainable-development-Prozess nicht an der Gemeindegrenze enden, sondern muss in größere räumliche Zusammenhänge gestellt werden. Die geforderten Initiativen der Kommunen zur Unterstützung der Agenda 21 schließen entsprechende Initiativen auf regionaler Ebene nicht aus, im Gegenteil, sie sollten in diesen ihre konsequente Weiterentwicklung (räumlich wie inhaltlich) finden.

Die Notwendigkeit des Einbezugs der regionalen Ebene wird (mittlerweile) erkannt, tatsächlich berücksichtigt wird sie allerdings nur in Einzelprojekten, so z.B. im Handlungsfeld „Haushälterisches Bodenmanagement“ der Stadt Münster, über das eine Reduzierung der Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungszwecke, eine verstärkte Nutzung von Gewerbebrachen und Konversionsbauflächen, eine optimale Ausschöpfung zulässiger Maße baulicher Nutzung, eine Erhöhung des Anteils von Grün- und Erholungsflächen u.v.a.m. erreicht werden soll – und das nicht nur für die Stadt Münster, sondern auch für das Stadtumland. Die Einbeziehung der stadtregio-nalen Ebene ist in Münster erklärtes Projektziel. „Region“ versteht sich demnach als „Stadtregion“, ist definiert als „Stadt und Stadtumland“. Ansätze wie diese sind so deutlich enger gefaßt als der Ansatz einer regionalen Agenda 21, der für das Ruhrgebiet zum Beispiel eine Agenda für einen mehr als 400.000 ha großen Ballungsraum mit 11 kreisfreien Städten und vier Kreisen mit insgesamt 5,4 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern wäre.

Die Notwendigkeit und der Bedarf für regionales Handeln im Agenda 21-Prozess ist durchaus gegeben. Davon abgesehen, dass die Initiierung eines regionalen Agenda 21-Prozesses dem Makrotrend der „Glokalisierung“<sup>2</sup> entspricht, haben die von den Kommunen als wesentlich erachteten Handlungsfelder nachhaltiger (Stadt-) Entwicklung wie „vorsorgender Umweltschutz“, „stadtverträgliche Mobilitätssteuerung“, „haushälterisches Bodenmanagement“, „sozialverantwortliche Wohnungsversorgung“, „standortsichernde Wirtschaftsförderung“ etc. nicht nur kommunale, sondern auch regionale Bedeutung und regionalen Entwicklungsbedarf. Indem Kommunen einer Region wie das Ruhrgebiet mit gleichen oder zumindest sehr ähnlichen Problemen und Defiziten bei der Entwicklung von Ansätzen der nachhaltigen Stadtentwicklung über die Stadtgrenzen hinausschauen und im Sinne einer zukunftsfähigen Regionalentwicklung zusammenarbeiten, kann es gelingen, die Besonderheit der Regi-

---

<sup>2</sup> „Glokalisierung“ bezeichnet das Nebeneinander von Globalisierung (weltweite Integration der Märkte) und Lokalisierung (Rückbesinnung der Menschen auf lokale oder regionale Zusammenhänge) bzw. die wachsende Bedeutung lokaler und regionaler Zusammenhänge (zunehmende Bedeutung von regionalen Innovationsclustern als Kompetenzzentren, regionale Ausdifferenzierung von Produkten, wachsende Zahl internationaler, nicht-staatlicher Interessengruppen mit lokaler Organisationsstruktur etc.) trotz oder gerade wegen der Globalisierung („Globalität erzeugt Lokalität bzw. Regionalität“).

on, ihre ökonomischen, ökologischen, sozialen Qualitäten, als Basis für eine nachhaltige Entwicklung zu stärken. Darüber hinaus sollte es gelingen, über die konsensorientierte Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte im Ruhrgebiet-Agenda-Prozess einen gesellschaftlichen und technologischen Innovations- und Entwicklungsschub auszulösen, über den das Ruhrgebiet zu einer beispielhaft nachhaltigen Region in Nordrhein-Westfalen wird.

Die Einleitung eines Landes-Agenda-Prozesses macht eine regionale Agenda 21 für das Ruhrgebiet nicht überflüssig. Alle als zunächst dringend zu behandelnde Handlungsfelder, die vorgeschlagen werden, sind auch für das Ruhrgebiet interessant: „Schutz und Entwicklung der Ökosysteme“, Arbeit und Wirtschaft – innovativ, sozial gerecht und ökologisch“, „Außenwirtschaftliche Beziehungen und faire Handelsbeziehungen“, „Mobilität – auch ohne Auto mobil“, „Kultur und Bildung für eine lernende Gesellschaft“, „Soziale Situation und zukunftsfähige Lebensstile“, „Zukunftsfähig bauen, wohnen und siedeln“ sowie „Landwirtschaft – Nahrungsmittel aus nachhaltiger Landwirtschaft“. Bezogen auf regionalspezifische Belange, regionale Entwicklungsmöglichkeiten und –grenzen erhalten diese und ggfs. zusätzliche Themen besondere Brisanz und Entwicklungsdynamik und - in einem kleinräumigeren Zuschnitt als dem Landeszuschnitt - auch eine besondere Chance der Realisierung. Das Ruhrgebiet weist andere Strukturen auf als andere Regionen Nordrhein-Westfalens und bedarf somit auch einer auf die Region bezogenen Agenda.

### **Der Kommunalverband Ruhrgebiet ist der ideale Initiator, Koordinator und Mediator regionaler Agenda 21-Prozesse, weil er**

- Interessenvertreter der Region ist,
- neutral ist, d.h. keine spezifischen Interessen wie Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern oder Kommunen vertritt,
- politische Legitimation hat, so u.a. den Vorteil hat, politische Grundsatzbeschlüsse zur nachhaltigen Regionalentwicklung fassen zu können,
- über langjährige und breite Erfahrung bei der Lösung regionaler Aufgabenstellungen verfügt,
- über immense regionale Datenbestände verfügt, durch die messbar ist, ob Veränderungen im Zuge der Umsetzung von Handlungsprogrammen eintreten (Messbarkeit von Nachhaltigkeit?), die also unentbehrlich sind für die Initiierung und Evaluierung von Programmen, für Prozesssteuerung und –controlling,
- über einen langjährigen und breiten Erfahrungshintergrund zur Umsetzung nachhaltiger Regionalentwicklungsstrategien verfügt,
- und weil die Bereitschaft der KVR-Fachbereiche zur Mitwirkung an einem ganzheitlichen Ansatz zur nachhaltigen Regionalentwicklung relativ groß ist.

Konkret ist zu tun:

- Konsultation der politischen und administrativen Akteure und der gesellschaftlichen Organisationen und Verbände, um die drängenden ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu ermitteln, für diese gemeinsam Lösungsstrategien zu erarbeiten und die konkreten Umsetzung derselben gemeinsam festzulegen;
- Verknüpfung eines großen Teils der Aufgaben und Tätigkeiten des Kommunalverbandes Ruhrgebiet mit dem Nachhaltigkeitsprinzip und –ziel, zusätzliche Übernahme anderer / neuer regionaler Aufgaben und Tätigkeiten müssen über den

Nachhaltigkeitsansatz (Nachhaltigkeitsziel als Querschnittsaufgabe und als langfristige Aufgabe);

- Einrichtung eines Agenda-Büros beim KVR als Grundvoraussetzung für konstruktives, strukturiertes und ergebnisorientiertes Arbeiten. Dieses Büro sollte als regionale Koordinationsstelle für lokale Agenden fungieren. Es sollte allen Interessierten für allgemeine Informationen und für die Einspeisung von Ideen mit regionalem Ansatz zur Verfügung stehen, den interkommunalen Informations- und Erfahrungsaustausch ermöglichen und es sollte den regionalen Agenda-Prozess organisieren und koordinieren;

Empirische Begleitung des Agenda-Prozesses:

- Aufbau eines leistungsfähigen Datenmonitors zur Agenda durch das KVR-Statistikteam in Zusammenarbeit mit anderen Fachbereichen des KVR. Erschließung und Zusammenführung vorhandener Datenquellen der Statistik und anderer Fachbereiche, Spezifizierung der Daten mit Blick auf die Ziele der Agenda und Verdichtung der Daten zu nachfragegerechten Informationen, Durchführung von Erhebungen/Befragungen zur Erfassung von Veränderungen (indikatorengestützte Erfolgskontrolle).

## Fazit

Gelingt es,

- den regionalen Agenda-Ansatz als strukturpolitisches Handlungsfeld mit enormem Entwicklungspotenzialen zu begreifen und diesen nicht nur als konsensfähige Leerformel anzusehen,
- zu verhindern, den Agenda-Prozess als ausschließlich hochgradig ideologisierten politischen Prozess zu fahren,
- dem Nachhaltigkeitsansatz neben der Theorie mehr Praktikabilität zu verleihen und stärker instrumentell und organisatorisch zu verankern,
- aus Fehlern, die bei der lokalen Agenda 21 gemacht wurden und werden zu lernen und den regionalen Ansatz konsequent und ergebnisorientiert zu verfolgen,

hat das Ruhrgebiet eine gute Chance einer umweltverträglichen, sozial gerechten und wirtschaftlich tragfähigen lokalen wie gesamtregionalen Entwicklung.

Auf der lokalen Ebene können mit Agenda 21-Projekten im Ruhrgebiet bedeutsame Fortschritte in puncto Umweltverträglichkeit, sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Tragfähigkeit erzielt werden, die - aufeinander abgestimmt und vernetzt - für die regionale Ebene erhebliche zukunftstragende Bedeutung gewinnen können. Zukunftstragend wären sie in doppeltem Sinne, sie würden einerseits in entscheidendem Maße zur nachhaltigen Entwicklung der Gesamtregion beitragen und andererseits Modell- und Referenzcharakter für andere Regionen haben.

Eine stärker ausgewogene Entwicklung von ökonomischen, sozialen und ökologischen Belangen und Zielen auf lokaler und regionaler Ebene im Ruhrgebiet ist für das Ruhrgebiet von Bedeutung und lässt darüber hinaus ausfuhrfähige Problemlösungen entstehen, die z.B. für andere altindustrialisierte Ballungsräume von Interesse sein können. In einem regional angelegten Agenda-21-Prozess für das Ruhrgebiet erwies sich somit erneut die besondere Stärke des Ruhrgebietes, nämlich die Fähigkeit, ökonomische, ökologische und soziale Belange innovativ zu verknüpfen und damit beispielgebende Problemlösungsstrategien für eine nachhaltige Regionalentwicklung aufzuweisen.

## 2.4 Bildung und Qualifizierung als Querschnittsaufgabe

Der Strukturwandel im Ruhrgebiet geht einher mit dem Bedeutungsverlust der traditionellen Rohstoffbasis sowie der Massenproduktion. Stattdessen sind das Eingehen auf individuelle Kundenwünsche (Dienstleistungsorientierung), das Erstellen komplexer Produkte und auch Prozesse sowie die Weiterentwicklung von Spitzentechnologie von Bedeutung.

Das Wissen der unternehmerisch Tätigen sowie der Beschäftigten wird damit zum entscheidenden Schlüsselfaktor der Wirtschaftsentwicklung einer Region. Konsequenz für die NRW-EU-Strukturpolitik muss daher sein, das Querschnittsthema Bildung und Qualifizierung stärker mit den übrigen Programmschwerpunkten zu verzahnen: Alle bisherigen Evaluationen des Ziel 2-Programms kritisierten das Nebeneinander von EFRE- (Strukturfonds-) und ESF- (Sozialfonds-) Maßnahmen. Nicht der reibungslose Mittelabfluss und damit das unübersichtliche „Wuchern“ einer Trägerlandschaft, sondern die konsequente Förderung von Maßnahmen, die die Ziel 2-Förderschwerpunkte stützen, muss im Mittelpunkt der Strukturpolitik stehen.

Der Bereich Bildung und Qualifizierung als Schlüsselfaktor eines kontinuierlichen Strukturwandels ist wesentlich umfassender, als es das Kompetenzfeld „Bildungswirtschaft“ nahelegt. Er ist insofern als „Metakompetenz“ einer Region anzusehen, als dass er eine Vielzahl von Aufgabenfeldern umfasst. Das Bildungsniveau bildet die Grundlage jeglicher ambitionierter Regionalentwicklung. Die Themenfelder reichen von der Ausgestaltung des Vorschul- und Schulsystems über die unterschiedlichen Formen betrieblicher und überbetrieblicher Aus- und Weiterbildung bis hin zu der Frage, wie eine „Lernkultur“ etabliert werden kann, die eine Region zur „lernenden Region“ werden lässt.

Auch dieses Handlungsfeld kann sich daher – wie die gesamte Ausrichtung der Strukturpolitik - keinesfalls nur auf die „Stärkung der Stärken“ beschränken. Eine internationale Ausrichtung einiger Hochschulen im Ruhrgebiet ist für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts unverzichtbar. System- und Marktführerschaft in den konkurrenzfähigsten Bereichen ist nur dadurch zu erlangen, dass die hier Lehrenden, Forschenden und Studierenden in den betreffenden Disziplinen Spitzenqualität erlangen. Nur so kann auch das Ruhrgebiet als Forschungs- und Bildungsstandort für ausländische Lehrende und Studierende attraktiv werden.

Um einen weiteren Abkopplungstrend des Ruhrgebiets zu durchbrechen, ist es jedoch noch wichtiger, diejenigen im Blick zu haben, die schon jetzt oder nach Beendigung ihrer Schullaufbahn nicht im Arbeitsleben Fuß fassen. Mehrere Lücken sind zu schließen:

- die Hauptschule ist als Schulform so zu stärken, dass vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund dort einen qualifizierenden Abschluss erhalten.
- Der Übergang Schule – Ausbildung muss besser begleitet werden, u.a. durch die engere Verzahnung und Fortentwicklung von Instrumenten wie Berufsvorbereitung, betriebliche Ausbildung und ausbildungsbegleitenden Hilfen.
- Die Unternehmen sollten eine aktive Rolle bei der Entwicklung und Umsetzung von Bildungs- und Qualifizierungsprojekten einnehmen.
- Dazu müssen Bildungsträger einen aktiven Part bei der Beratung der Unternehmen spielen. Gemeinsame Qualifizierungs- und Weiterbildungsstrategien sollten entwickelt werden.



- Das Ruhrgebiet hinkt vergleichbaren europäischen Wirtschaftsregionen in vielfacher Hinsicht hinterher, u.a. bei der Beteiligung der Erwerbstätigen an außerbetrieblicher Fort- und Weiterbildung. Jugendliche und Erwachsene müssen daher in die Lage versetzt werden, systematisch und eigenverantwortlich ein Leben lang zu lernen.
- Hat das Ruhrgebiet insgesamt schon eine unterdurchschnittliche Erwerbsquote, so ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen im Ruhrgebiet besonders niedrig. Die Rahmenbedingungen, vor allem hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, sind demnach weiter zu verbessern.
- Das Ruhrgebiet leidet unter Fachkräftemangel bei gleichzeitiger Langzeitarbeitslosigkeit. Daher müssen Lernprozesse selbst wesentlich stärker zum Gegenstand von Bildung werden. Zur Fachkompetenz gesellt sich zwingend Methodenkompetenz; d.h. die Fähigkeit zur Anwendung dieses Wissens. Es müssen also Konzepte zur Anerkennung von Kompetenzen entwickelt werden, die außerhalb von formaler Bildung erworben werden.
- Auch die regionalen Bildungseinrichtungen selbst müssen wesentlich enger mit den Betrieben zusammenarbeiten. Künftiger Bildungsbedarf muss eher erkannt und auf ihn muss zielgerichteter reagiert werden. Von solch einer engeren Kooperation profitieren alle Beteiligten: Arbeitslose wie Erwerbstätige, Unternehmen und Bildungseinrichtungen.

Bildung und Qualifizierung muss demnach als Querschnittsaufgabe nicht nur in Bezug auf die vorgeschlagenen Kompetenzfelder betrachtet werden. Sicher ist es notwendig, die spezifischen wirtschaftlichen Kompetenzen des Ruhrgebiets durch eine entsprechende Ausrichtung der Aus- und Weiterbildung - einschließlich Forschung – zu konturieren. Wichtiger ist jedoch die unmittelbare Arbeitsplatzwirksamkeit: Wissen als die wichtigste Ressource muss allen zugänglich gemacht werden, auch den sogenannten bildungsfernen Gruppen. Nur durch einen konzertierten, organisierten Lernverbund wird das „Lernen lernen“ zur Daueraufgabe der Regionalpolitik.

Beim KVR gibt es mehrere Ansätze, wie das Thema als Querschnittsaufgabe systematisch angegangen werden kann:

- Es wurden Veranstaltungen durchgeführt, z.B. im Jahr 2000 zu einer „Bildungsoffensive Ruhrgebiet“ gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung,
- vorbildliche Lösungen sollten breiter kommuniziert werden, z.B. durch das vom KVR publizierte Wissenschaftsmagazin „Transfer“,
- analog zu Berichten zur Arbeitsmarktsituation im Ruhrgebiet könnte es ein Monitoring der Bildungs- und Ausbildungssituation im Ruhrgebiet geben (s. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / die Grünen hierzu),
- Transparenz und Kooperation in der Akteurs- und Förderlandschaft könnte u.a. durch weitere Expertengespräche und Veranstaltungen gefördert werden.

### **Berichtssystem zu „Bildung und Ausbildung im Ruhrgebiet“**

Verschiedene Indikatoren weisen darauf hin, dass Bildung und Ausbildung im Ruhrgebiet, verglichen mit anderen großen Stadtregionen, erhebliche Defizite aufweisen<sup>3</sup>. Diese Defizite tragen dazu bei, dass das Ruhrgebiet den Anschluss an die Wirtschaftsentwicklung in NRW verpasst. Darüber hinaus gibt es alarmierende Anzeichen einer weiteren Abkopplung, die einher geht mit der Verfestigung kleinräumiger Problemgebiete (Nord-Süd-Gefälle u.a. in Essen und Dortmund, Auswirkung auf die

<sup>3</sup> Vgl. KVR / RWI / RUFIS (Hg.): Strukturbericht Ruhrgebiet 2002. Essen 2002.

schulische Infrastruktur). So gibt es im Essener Norden Stadtteile, in denen ein Drittel der Schulabgänger ohne qualifizierenden Abschluss bleibt. Dagegen existiert im Essener Süden nicht einmal mehr eine Hauptschule.

In der Sitzung des KVR-Ausschusses für Regionalentwicklung und Wirtschaft vom 14.11.01 ist die Verwaltung beauftragt worden, gemeinsam mit dem Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) an der Ruhr-Universität Bochum eine Machbarkeitsstudie durchzuführen. Ziel ist es, Indikatoren zu identifizieren, die

- auf kleinräumiger Ebene (Stadtteilebene) vorhanden sind,
- vergleichbar sind,
- Aussagekraft für die Bildungs- und Ausbildungssituation haben,
- ohne großen Aufwand fortzuschreiben sind,
- Land, Bezirksregierung, Kommunen, Trägern, Bildungseinrichtungen u.a. Akteuren Hinweise auf aktuellen und künftigen Handlungsbedarf geben können.

Am 23.09.01 fand im Wissenschaftspark Gelsenkirchen eine Konferenz mit dem Titel „Qualifizierung und Kompetenzentwicklung für die Metropolregion Ruhr“ statt. Die Ergebnisse flossen ein in eine Veröffentlichung, die weitere Beiträge zum Thema sowie eine Auswahl innovativer Praxisbeispiele umfasst. Zudem haben die beteiligten Institutionen die Fortsetzung ihrer Kooperation und des damit verbundenen Diskussionsprozesses vereinbart.